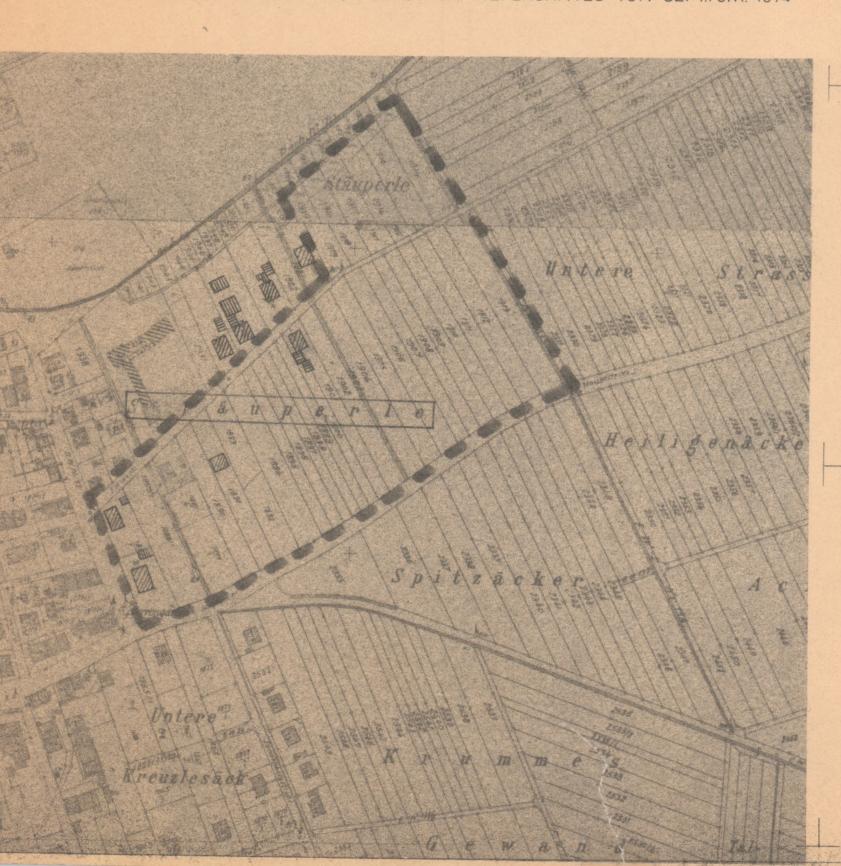


FÜR DIESEN BEB. PLAN GILT DIE BAU N.V.O. VOM 26.11.1968 B.GBL. IS 1233 BESTANDTEIL DES BEB. PLANES STAUPERLE IST DER VORLIEGENDE PLAN NR.1 ALS ZUSATZPLÄNE GELTEN AUSSERDEM: ANLAGE A-D (STRASSENLÄNGSSCHNITTE) DES STÄDT. TIEFBAUAMTES VOM SEPT./OKT. 1974



Der Gemeinderat der Stadt ROTTENBURG a. N. Der Gemeinderat der Stadt ROTTENBURG a. N. hat am 8 44 19 2 nach § 2 des hat am 29.6. 19 nach § 2 des Bundesbau-Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBI. gesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBI. IS. 341) IS. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan beschlossen, diesem Bebauungsplan - Entwurf zuzustimmen. ROTTENBURG a. Neckar, den 50 ROTTENBURG a. Neckar, den Städt. Planungs- u. Vermessungsartin Städt, Planungs- u. Vermessungsamt Rottenburg am Neckar Amtsvorstand Dieser Bebauungsplan — Entwurf — mit Begrün-Der Gemeinderat der Stadt ROTTENBURG a. N. dung hat nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes hat am 5,10 19 76 nach § 10 des Bundesbauvom 23. Juni 1960 (BGBI, IS, 341) für die Dauer gesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBI. IS. 341) diesen eines Monats vom 12 19 16 bis 16 8 19 16 Bebauungsplan als Satzung beschlossen. einschließlich zu jedermanns Einsicht Städt. Planungs- u. Vermessungsamt öffentlich ausgelegen. Rottenburg am Neckar ROTTENBURG a. Neckay, den ROTTENBURG a. Neckar, den SO Städt. Planungs- u. Vermessungsamt blau geändert Rottenberg am Neckar BERBURGERM Rottenburg a.N., den 15.3.1977 Planungsamt Dieser Bebauungsplan ist nach § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBI. Die Genehmigung dieses Bebauungsplanes sowie die öffentl. Auslegung vom 18.6. 19 77 IS. 341) mit Verfügung vom 15.6 19.77 bis wurden gem. § 12 BBauG vom 23. 6. 1960 (BGBI. S. 341) am 18.6 19 #Fortsüblich bekannt gemacht. Mit der Bekanntmachung ist Dieser Bebauungsplan ist angefertigt unter der Beb.-Plan in Kraft getreten. Verwendung amtlicher Unterlagen des Ver-ENTWORFEN: messungsamtes und auf Grund örtlicher Messungen. ROTTENBURG a. Neckar, den 22. Juni 19 76 ROTTENBURG a. Neckar, den 22. Jani 19 76 gezeichnet: Muller Sachbeargeiter: lung der Auslegungsbekanntmachung und 1. Planexemplares an das Reg.-Präsidium am 24.6. 19 17

in Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:

1. Planungsrechtliche Festsetzunger

(§ 9 Abs. 1 BBauG und BauNVO)

1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA) 1.2 Mischgebiet (MI)

Entsprechend den Einschrieben im Bebauungsplan

. Bauwese Entsprechend den Einschrieben im Bebauungsplan

Firstrichtung wie im Bebauungsplan eingezeichnet (zwingend)

5. Flächen für Garagen und Stellplätze

5.1 Garagen sind auf den im Bebeuungsplan ausgewiesenen Flächen

Sofern im Bebauungsplan keine Garagenplätze ausgewiesen sind, müssen Garagen in Verbindung mit den Wohngebäude unter Einhaltung ein Abstandes von mindestens 5,00 m von der öffentlichen Verkehrsfläche

5.3 Stellplätze sind in unmittelbarer Nähe der öffentlichen Verkehrs-

Die eingezeichneten Sichtflächen sind von allen baulichen und sicht-Stützmauern dürfen die Höhe von e Go m über Straßenhöhe nicht über-

Als Nebenanlagen nach § 14 BauNVO sind mur zulässig Nebengebäude, wie Schuppen und Kleintierställe bis zu einer Grundfläche von 12 cm inner-halb der überbaubaren Grundstücksfläche

. Schollschutzmassnahmen (Nach DIN 18005)

.4 Um gesunde Wohnverhältnisse zu gewährleisten wird Baugenehmigungs-verfahren verlangt, daß besondere Schallschutzmaßnahmen getroffen Stauperle " unter Mr. 9 - Kennzeichnung -, werden folgende Bereich is Plächen gekennzeichnet, bei deren Bebauung besondere bauliche Vor-ehrungen gegen Verkehrsemmissionen der 1 370 zu treffen sind, die über gebietsbezogener Flanungsrichtpegel nach Tabelle 4 der Vornorm 18005

Bautlene Vorkehrungen sind: (VDI 2719)

Verbundfenster ohne zusätzliche Dichtung und mit MD - Verglasung dünne Isolierverglasung in Fenstern ohne zusätzliche Dichtur

Verbundfenster mit zusätzlicher Dichtung und MD - Vermlasun dicke Isolierverglasung, fest eingebaut oder in dichten Fenstere mm - Glas, fest eingebaut oder in dichten Fenstern.

Fenster der Schallschutzklasse 3 astenfenster ohne zusätzliche Dichtung und mit HD - Glas. erbundfenster mit zusätzlicher Dichtung, 40 bis 50 mm Scheibenabstand und Verglasung aus Dickglas, Glas, fest eingebaut oder in dichten Fenstern.

Tolgender Bauzonen mit Fenstern der verschiedenen Schallschutzklassen.

Bei Flst. Nr. 1910/1 und 2 - MI sind tzalasse 2 bei Aufenthaltsräumen auf der Süd-

) Fenster der Schallschutzklasse 1 bei Aufenthaltsräumen auf der Ost-und

Bei Flst. Nr. 1890/3 und 4 - 1891/3- 1893/2 und 3- Platz Nr. 1 bis 5-WA- sind

Tenster der Schallschutsklasse 2 bei Aufenthaltsräumen auf der Ost- und

Bei Blst. Nr. 1890/2,1890/5, 1891/2, 1892/2, 1892/4, 1900/3, 1900/5, 1901/3,

Für die restlichen Bauzonen südlich der Straße " Stäugerle " sin Fenster der Schallschutzklasse 1 bei Aufenthaltpräumen auf der Südseite der

II. Ortliche Bauvorschriften (§ 411 180

Sei eingeschossigen Gebäuden Traufhöhe max. 3,39 m,

Eniestöcke sind bei zweigeschossigen Gebäuden mit max. 0,30 m , bei eingeschos-sigen Gebäuden mit max 0,50 m zulässig.

4.4 Entlang den öffentlichen Verkehrsflächen sind Einfriedungen mit einer 0,25 m hohen Bockelmauer und einer dahintersitzenden Hecke oder einem Zaun unte Entleng der Machbargrundstücke ist eine Einfriedung von max. 1,0 m zulässig.

atliche leitungen sind zu verkabeln

durch GAUBENSATZUNG rechtsverbindlich seit 14. Sept. 1995

III. Hinweis:

Geländehöhen:

Mit den Nachbargrundstücken ist ein ordentlicher Anschluß herzustellen. Die Baugenehmigungs= behörde kann verlangen, daß das Gelände um ein Gebäude auf eine bestimmte Höhe aufgefüllt oder abgetragen werden kann.

Textteil zum Bebauungsplan "Stäuperle"

in Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:

I. Planungsrechtliche Festsetzungen

(§ 9 Abs. 1 BBauG und BauNVO)

1. Bauliche Nutzung

- 1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA)
- 1.2 Mischgebiet (MI)

2. Zahl der Vollgeschosse

Entsprechend den Einschrieben im Bebauungsplan

3. Bauweise

Entsprechend den Einschrieben im Bebauungsplan

4. Stellung der baulichen Anlagen

Firstrichtung wie im Bebauungsplan eingezeichnet (zwingend)

5. Flächen für Garagen und Stellplätze

- 5.1 Garagen sind auf den im Bebauungsplan ausgewiesenen Flächen zu errichten
- 5.2 Sofern im Bebauungsplan keine Garagenplätze ausgewiesen sind, müssen Garagen in Verbindung mit dem Wohngebäude unter Einhaltung eines Abstandes von mindestens 5,00 m von der öffentlichen Verhehrsfläche errichtet werden.
- 5.3 Stellplätze sind in unmittelbarer Nähe der öffentlichen Verkehrsfläche anzulegen

6. Von der Bebauung freizuhaltende Flächen

Die eingezeichneten Sichtflächen sind von allen baulichen und sichtbehinddernden Anlagen freizuhalten. Anpflanzungen, Einfriedungen und Stützmauern dürfen die Höhe von 0,70 m über Straßenhöhe nicht überschreiten.

7. Nebonanlagen

Als Nebenanlagen nach § 14 BauNVO sind nur zulässig Nebengebäude, wie Schuppen und Kleintierställe bis zu einer Grundfläche von 12 qm innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche

- 3. <u>Schallschutzmassnahmen</u> (Each DIM 48005)
- 3.1 Um gesunde Wohnverhältnisse zu gewährleisten wird Baugenehmigungsverfahren verlangt, daß besondere Schallschutzmaßnahmen getroffen
 werden müssen. Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
 " Stäuperle " unter Hr. 9 Kennzeichnung -, werden folgende Beroiche
 als Flächen gekennzeichnet, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen Verkehzsemmissionen der L 370 zu treffen sind, die über
 dem gebietsbezogenen Planungsrichtpegel nach Tabelle 4 der Vornorm 18005

liegen. Bauliche 8.8 Vorkehrungen sind: (VDI 2719)

- a) Penster der Schallschutzblasse 1 Verbundfenster ohne zusätzliche Dichtung und mit MD - Verglagung. dünne Isolierverglasung in Tenstern ohne zusätzliche Dichtung.
- Fenster der Schallschutzklasse 2 Verbundfenster mit zusätzlicher Dichtung und IID Verglasung. dicke Isolierverglasung, fest eingebaut oder in dichten Fenstern, 6 mm - Glas, fest eingebaut oder in dichten Fenstern.
- c) Fenster der Schallschutzklasse 3 Kastenfenster ohno zusätzliche Dichtung und mit ND Glas. Verbundfenster mit zusätzlicher Dichtung, 40 bis 50 mm Scheibenabstand und Verglasung aus Dickglas, Isolierverglasung in schwerer mehrschichtiger Ausführung, 12 mm Glas, fest eingebaut oder in dichteh Fenstern.

9. Kennzeichnung

folgender Bauzonen mit Fenstern der verschiedenen Schallschutzklassen.

Bei Flst. Nr. 1910/1 und 2 -- MI sind a) Fenster der Schallschutzklasse 2 bei Aufenthaltsräumen auf der Süd-seite der Wolfgebände;

b) Fenster der Schallschutzklasse 1 bei Ausenthaltsräumen aus der Ost-und

- Westseite der Wohngebäude notwondig.

 Bei Flst. Nr. 1890/3 und 4 1891/3 1893/2 und 3 Platz Nr. 1 bis 5-WA sind a) Fenster der Schallschutzklasse 5 bei Aufenthaltsräuwen auf der Südseite der Wohngebäude:"
 - b) Fenster der Schallschutzklasse 2 bei Aufenthaltsräumen auf der Ost- und Westseite der Wohngebände notwendig.

b) Fenster der Schallschutzklasse 1 bei Aufenthaltsräumen auf der Ost- und Mostsei.

der Wohngebäude notwendig.
Für die restlichen Bauzonen südlich der Straße "Stäuperle " sind
Fenster der Schallschutzklasse 1 bei Aufenthaltsräumen auf der Südseite der Wohngebäude notwendig.

II. Örtliche Bauvogschriften (§ 111 LEO)

Dachgestaltung: .

Dachform und Dachneigung entsprechend den Einschrieben im Plan Lei Garagen auf der geneinsamen seitlichen Grundstücksgrenze ist die Dachform, Dachneigung, Lacheindeckung und Garagenböhe gegenseitig anzugleichen Als Dacheindeckung ist dunkel getöntes Natorial zu verwenden. Buckscheuten sind nicht zahlunke. 1.2

.2 <u>Gebäudehöben:</u>

Bei eingeschossigen Gebäuden Traufhöhe max. 3,39 m, bei zweigeschossigen Gebäuder max. 5,80 m, jeweils gemessen von der geplanten Geländehöhe bis Schnittpunkt Dachhaut / Außenmauerwerk

- Kniestock:
 - Muiestöcke sind bei sweigeschossigen Gebäuden nåt max. 0,30 m , bei eingeschos-sigen Gebäuden mit max 0,50 m zulässig.
- 4. Einfriedungen:
- Entlang den öffentlichen Verkehrsflächen sind Einfriedungen mit einer 0,25 m hohen Sockelmeuer und einer dahlntersitzenden Hecke oder einem Zenn unter Anpassung an die Hachbargrundstücke auszuführen. Gesamthöbe höchstens 0,00 m.
- 4.2 Entlang der Machbargrundstücke ist eine Einfriedung von max. 4,0 m zulässig.
- 5.

Sämtliche Beitungen sind zu verkabeln

III. Hinweis:

- Geländehöhen: 1.
- Mit den Nachbargrundstücken ist ein ordentlicher Anschluß herzustellen. Die Bau-1.1 genehmigungsbehörde kann verlangen, daß das Gelände um ein Gebäude auf eine bestimmte Höhe aufgefüllt oder abgetragen werden kann.

rachisverbindion set 14. Sept. 1995

Der Gemeinderat der Stadt ROTTENBURG a. N. hat am <u>8 11</u> 19 72 nach § 2 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBI. IS. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan aufzustellen.

ROTTENBURG a. Neckar, den /

gez. OBERBÜRĞEÂME

Dieser Bebauungsplan — Entwurf — mit Begründung hat nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBI, IS, 341) für die Dauer einschließlich zu jedermanns Eig Menburg öffentlich ausgelegen.

ROTTENBURG a, Neckar den

OBERBURGER MEDISTER

Dieser Bebauungsplan ist nach § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBI. IS. 341) mit Verfügung vom ___13_6____ 19 \(\frac{17}{27} \) genehmigt worden.

ROTTENBURG a. Neckar, den

Ohrnberger Gez.

OBERBURGERME

Der Gemeinderat der Stadt ROTTENBURG a. N. hat am 29 to 19 7th nach § 2 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBI, IS, 341) beschlossen, diesem Bebauungsplan - Entwurf zuzustimmen.

ROTTENBURG a. Neckari den OBERBÜR

Der Gemeinderat der Stadt ROTTENBURG a. N. hat am <u>5.10</u> 19.<u>76</u> nach § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBL IS. 341) diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

ROTTENBURG a. Neckar, der gez. OBERBURGERN

Die Genehmigung dieses Bebauungsplanes sowie die öffentl. Auslegung vom <u>18.6</u>. 19.77. bis 19 wurden gem. § 12 BBauG vom 23. 6. 1960 (BGBL S. 341) am <u>18 6 37 19 77 orts-</u> üblich bekannt gemacht. Mit der Bekänntmächling ist der Beb.-Plan in Kraft getreten.

ROTTENBURG a. Neckar, den

Ohrnberger Gez I.V.

Zustellung der Auslegungsbekanntmachung und 1. Planexemplares an das Reg.-Präsidium am

<u>ZEICHENERKLÄRUNG</u>

WA	ALLGEMEINES WOHNGEBIET
· 1M	MISCHGEBIET
FD	FLACHDACH
SD	SATTELDACH
DN	DACHNEIGUNG
P	ÖFFENTLICHE PARKPLÄTZE
GGA	GEMEINSCHAFTSGARAGEN
O	OFFENE BAUWEISE
\triangle	TRAFOSTATION (GARAGENSTATION)
	GRUNDFLÄCHENZAHL
8.0	GESCHOSSFLÄCHENZAHL
V	VERKEHRSGRÜNFLÄCHE
	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER
	NUTZUNG
	NEUE VERTRAGSGRENZE
(3)	PLATZNUMMER
1877	FLURSTÜCKSNUMMER NEU
BAUGRENZE	
	ZU-UND AUSFAHRTSVERBOT
4	FIRSTRICHTUNG
	SICHTFLACHE
777777	BESTEHENDE GEBÄUDE MIT GESCHOSSZAHL
	UND DACHNEIGUNG
Bashan Banan Samu	GRENZE DES RÄUMLICHEN
	GELTUNGSBEREICHES DES BEB. PLANES
II	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE HÖCHSTGRENZE
NEW CONTRACTOR OF THE PERSONS ASSESSED.	GEHWEG
	FAHRBAHN
	SCHRAMMBORD
BAUGEBIE	T ZAHL DER VOLLGESCHOSSE
GRUNDFL.	Z. GESCHOSSFLÄCHENZAHL
BAUWEISE	DACHFORM
DACH	INEIGUNG

FÜR DIESEN BEB. PLAN GILT DIE BAU N.V.O. VOM 26.11.1968 B.G.B.L. IS 1233.

BESTANDTEIL DES BEB. PLANES STÄUPERLE IST DER VORLIEGENDE PLAN NR.1

ALS ZUSATZ PLÄNE GELTEN AUSSERDEM: ANLAGE A-D

(STRASSENLÄNGSSCHNITTE) DES STÄDT TIEFBAUAMTES VOM SEPT./OKT. 1974

SATZUNG ZUR ÄNDERUNG DER IN ANLAGE 1 AUFGEFÜHRTEN BEBAUUNGSPLÄNE HINSICHTLICH DER ZULÄSSIGKEIT VON GAUBEN UND ZWERCHHÄUSERN

Aufgrund § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 08.12.1986 (BGB1. I S. 2253), des Maßnahmengesetzes zum Baugesetzbuch (BauGB-MaßnahmenG) vom 28.04.1993 (BGB1. I S. 622) und § 73 der Landesbauordnung (LBO) vom 28.11.1983 (GB1. S. 770) berichtigt GB1. 1984 S. 519 in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden Württemberg (GemO) vom 03.10.1983 (GB1. S. 578) hat der Gemeinderat der Großen Kreisstadt Rottenburg am Neckar am 13.06.1995 die nachstehende Änderung der in Anlage 1 aufgeführten Bebauungspläne als Satzung beschlossen.

§ 1 Gegenstand der Änderung

Gegenstand der Änderungssatzung ist die Zulassung von Gauben und Zwerchhäusern.

Alle übrigen Festsetzungen der in Anlage 1 aufgeführten Bebauungspläne gelten unverändert fort.

§ 2 Inhalt

Die in Anlage 1 aufgeführten Bebauungspläne einschließlich der geltenden jeweiligen Vorschriften über Gauben und Zwerchhäuser werden wie folgt ergänzt bzw. ersetzt:

Zulässigkeit

- 1.1 Ab 25 Grad Hauptdachneigung sind Gauben oder Zwerchhäuser zulässig. Auf der gleichen Dachseite sind entweder nur Dachaufbauten oder nur Dacheinschnitte zulässig.
- 1.2 Gauben und Zwerchhäuser dürfen die Grundform der Dächer nicht verunstaltend verändern und müssen mit der jeweiligen Gebäudeansicht harmonieren. Es gelten folgende weitere Bestimmungen:
- Zulässig sind:
- 2.1 Zwerchhäuser
- 2.2 Gauben mit Sattel- oder Walmdach
- 2.3 Schleppgauben
- 2.4 andere Lösungen im Rahmen von § 3
- 3. Lage
 - Gauben und Zwerchhäuser müssen folgende Mindestabstände einhalten:
- 3.1 zum First 0,50 m, senkrecht gemessen
- 3.2 zum Ortgang 1,50 m
- 3.3 zu einer Kehle oder einem Grat 0,50 m
- 3.4 untereinander 1,00 m, der Abstand zwischen Dachaufbauten untereinander und zu Zwerchhäusern wird am Dachrand gemessen.
- 3.5 Der Abstand der Gauben zur traufseitigen Fassade muß mindestens 0,30 m betragen, waagrecht gemessen zur Vorderkante der Außenwand.
- 4. Größe
- 4.1 Bei Pultdächern und Satteldächern:
 - Die Summe der Einzelbreiten der Gauben und Zwerchhäuser einer Dachseite darf die Hälfte der jeweiligen Trauflänge nicht überschreiten.
 - Die Breite eines Zwerchhauses darf ein Viertel der Trauflänge nicht überschreiten.
- 4.2 Bei Walmdächer
 - Die Summe der Einzelbreiten der Gauben und Zwerchhäuser einer Dachseite darf ein Viertel der jeweiligen Trauflänge und die Firstlänge nicht überschreiten.
- 4.3 Die Traufhöhe von Schleppgauben darf maximal 1,40 m über der Dachfläche liegen.

5. Dachneigung

Die Dachneigung der Gauben und Zwerchhäuser muß mindestens 15 Grad betragen, hiervon ausgenommen sind Gauben mit Sattel- und Walmdach.

Die Dachneigung von Sattel- und Walmdachgauben muß der Neigung des Hauptdaches entsprechen.

6. Gestaltung

6.1 Die Eindeckung der Gauben und Zwerchhäuser ist entsprechend der Eindeckung des Hauptdaches auszuführen.

6.2 Die vorderen Ansichtsflächen der Gauben sind als Fensterflächen auszubilden.

§ 3 Sonderregelung

Gauben mit geringen Abmessungen können andere Formen und Neigungen aufweisen. In begründeten Ausnahmefällen kann von gestalterischen Vorgaben dieser Satzung abgewichen werden.

§ 4 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung gem. § 12 BauGB in Kraft.

Rottenburg am Neckar, den 05.07.1995

Dr. Löffler Oberbürgermeister

Ausfertigung: Rottenburg am Neckar, den 01.09.1995

Dr. Löffler Oberbürgermeister

Das Regierungspräsidium Tübingen hat mit Erlaß vom 30.08.1995 Az.:22-32/2511.2-1-1045/95 gem § 11 Abs. 3 Baugesetzbuch erklärt, daß es keine Verstöße gegen Rechtsvorschriften geltend macht.

Mit der amtl. Bekanntmachung in der Rottenburger Post und im Schwarzwälder Boten vom 14.09.1995 wurde diese Satzung rechtsverbindlich.

Amt für Stadtplanung Rottenburg am/Neckar, den 14.09.1995

iv Kulo

ANLAGE 1 zur Gaubensatzung vom 13.06.1995

Rottenburg am Neckar: "Erasmusstraße"

"Erweiterung Musterhaussiedlung Siebenlinden"
"Krumme Länder"

"Lichtle-Graibel-Nord"
"Nördlicher Schelmen II"
"Westliches Lindele"

Bad Niedernau:

"Haselsteig"

Baisingen:

"Untere Wiesen"

Bieringen:

"Taläcker I" "Taläcker II"

Dettingen:

"Bauschbergle" "Gartenäcker" "Jäckle" "Brandhecke"

Eckenweiler:

"Heissgräte" "Langer-Knecht-Nord"

Ergenzingen:

"Ermlandstraße" "Gäßlesäcker"

"Rohrdorfer Steig"

Frommenhausen:

"Ob dem Dorf" "Stiegeläcker"

Hailfingen:

"An der Gasse"
"Auf dem Berg"
"Auf dem Berg Nord"
"Bondorfer Straße"
"Weingärten"
"Oberes Tor"

Hemmendorf:

"Lettenbreite-Nord" "Siegental - Teil 1"

Kiebingen:

"Stäuperle"

"Zimmerplatz"
"Untere Kreuzleşäcker" "Mittlere Kreuzlesäcker"

Obernau:

"Täle"

"Bachäcker"

Oberndorf:

"Kelteräcker"

"Stauwiesen-West"

Schwalldorf:

"Weingärtle"

Seebronn:

"Hailfinger Steigle" "Vierzehn Jauchert"

Weiler:

"Johnsatz"
"Johnsatz Süd Teil I"
"Stücklen"

Wendelsheim:

"Schelmenäcker" "Steinäcker"

Wurmlingen:

"Auf der Höhe, Hohler Baum und Feissentäle"
"Hochlaiber und Lindenäcker"
"Mönchhof II"
"Taubenäcker"

- " A " 4

1. Erfordernis der Planaufstellung

Auf Grund konkreter Bauinteressen der betreffenden Grundstückseigentümer im Gebiet "Stäuperle", war es notwendig geworden, einen Bebauungsplan aufstellen zu lassen. Gleichzeitig sollte damit die zum Teil vorhandene Streubebauung im Rahmen einer städtebaulichen Gesamtkonzeption in das neue Planungsgebiet sinnvoll eingeordnet werden.

2. Einfügung in die überörtliche und Bauleitplanung der Gemeinde

Bei der Stadt Rottenburg befindet sich der Flächennutzungsplan zur Zeit in Überarbeitung. Die Bebauungsplanung steht im Einklang mit dem Flächennutzungsplan-Entwurf.

3. <u>Bestand innerhalb und ausserhalb des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes</u>

Das ca. 5,5 ha große Gebiet "Stäuperle" grenzt mit seiner Westseite an die bestehende Bebauung des Ortskerns Kiebingen an. In südwestl. Richtung besteht der Bebauungsplan "Untere Kreuzlesäcker" (genehmigt am 26.3.1971), der im wesentlichen Allgemeines Wohngebiet (WA) bei zweigeschossiger Bauweise festsetzt. Die Grundstücke befinden sich überwiegend im Privatbesitz. Vom Grundstückszuschnitt ist für eine Bebauung eine Umlegung erforderlich.

4. Angaben zur Erschliessung und Versorgung

Als Haupterschliessungsstraße ist die Straße Stäuperle mit einer Gesamtbreite von 8.0 m vorgesehen, die über die Vorstadtstraße Anschluß an die L 370 erhält. Die Ver- und Entsorgung mit elektrischer Energie und Wasser ist gesichert.

5. Kostenschätzung

Die Verlegung von Kanal und Wasser erfolgte 1973/74. Die Kosten hierfür sind mit ca. 160 000.-- DM anzusetzen.

Für den Straßenbau einschl. der Gehwege und Beleuchtung, der noch erfolgen muß, sind ca. 368 000.-- DM zu veranschlagen.

6. Planverwirklichung

Für das zur Planverwirklichung notwendigen Umlegungsverfahren wurde am 20.12.1973 mit den Beteiligten auf freiwilliger Basis ein Vertrag abgeschlossen.

Aufgestellt: 8.Juli 1974

Planungs u. Vermessungsamt